



„Gemischte Gefühle“ – Thüringen-Monitor 2016

Studie der Jenaer Uni markiert Herausforderungen für Politik und Zivilgesellschaft

Der Thüringen-Monitor 2016, der unter der Titel steht „Gemischte Gefühle: Thüringen im Zeichen der ‘Flüchtlingskrise’“, soll am 11. November – nach einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow – im Landtag debattiert werden. Zum vorab veröffentlichten Fazit der auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung vom 30. Mai bis 25. Juni 2016 beruhenden Untersuchung eines Forscherteams der Friedrich-Schiller-Universität folgende Einschätzungen aus der Linksfraktion:

„Der Monitor gibt erneut wichtige, in Teilen in sich widersprüchliche Einblicke in das politische Meinungsklima. Gerade mit dem gewählten Schwerpunktthema markiert die Studie Hausaufgaben, die von Politik und Zivilgesellschaft jetzt geleistet werden müssen“, sagte die flüchtlingspolitische Sprecherin Sabine Berninger.

Die gemessenen Werte zeigten, dass Politik Begegnungen und Kennenlernen ermöglichen müsse, um bestehende Widersprüche in den Ein- und Vorstellungen zu beseitigen. Äußerst positiven Werten, wie der Aussage von 79 Prozent der Befragten, Flüchtlingen sollten legale Möglichkeiten der Einreise nach Deutschland eröffnet werden, stünden Vorstellungen restriktiver Asylpolitik und vorurteilsbehaftete Befürchtungen in der Thüringer Bevölkerung gegenüber, die mit der realen Situation nicht übereinstimmten. So se-

hen die Autoren anhand des wirtschaftlich günstigen Kontextes und der positiven Bewertung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage in Thüringen Anlass zu einer „Dämpfung“ der Sorgen um die Integrationskapazität, die jedoch nicht gemessen worden sei. Stattdessen befürchte mehr als die Hälfte der Befragten Veränderungen ihrer Lebensweise und definiere Integration als „Plan B“, solange nicht die befürchtete Heterogenität durch Abschiebung abgelehnter Asylsuchender verhindert werden könne.

52 Prozent fühlen sich „gefährlich überfremdet“

Katharina König, Sprecherin der Fraktion für Antifaschismus, erklärte: „Der Rückgang der erfassten extrem rechten Einstellungen ist positiv, kann jedoch nicht über die reale Zunahme rassistischer und neonazistischer Aktionen, Versammlungen und gewalttätiger Übergriffe insbesondere auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte hinwegtäuschen.“

Dass über 52 Prozent der Menschen trotz eines Anteils von nur vier Prozent Geflüchteter und MigrantInnen in Thüringen sich dennoch ‘gefährlich überfremdet’ fühlen und annähernd zwei Drittel der Befragten eine starke Hand und ein hartes Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland befürworten, ist äußerst bedenklich. Der Monitor zeigt jedoch auch, dass eine Mehrheit der Bevölkerung für Solidari-

tät und für soziale Gerechtigkeit steht und ein Aufhetzen der Gesellschaft durch die AfD ablehnt. Wie nicht nur der in Bayern getötete Polizist zeigt, geht von der extremen Rechten weiterhin eine akute Bedrohung für die Gesellschaft aus, die ein konsequentes Vorgehen gegen Neonazismus und alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nötig macht.“ Der vom Monitor festgestellte „gesellschaftliche Konsens“ von ressentimentgeleiteten Haltungen gegenüber Muslimen in Thüringen ist aus Sicht der LINKEN eine der großen Herausforderungen.

„Dort, wo es reale Probleme gibt, müssen diese angegangen und gelöst werden. Thüringen ist hier anders als die Bundesregierung bei der Integration und Aufnahme Geflüchteter schon auf gutem Weg. Wir brauchen mehr Erkenntnisse und Taten für soziale Gerechtigkeit, ein Mehr an staatlichen Investitionen in Bildung, Arbeit und Soziales. Vor dem Hintergrund der vielfach weiterhin empfundenen Benachteiligung bedarf es auch einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West“, sagten die beiden Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Ausführlich im Internet unter: <http://www.die-linke-thl.de/nc/fraktion/aktuell/detail/zurueck/aktuell-7/artikel/thueringen-monitor-markiert-herausforderungen-fuer-politik-und-zivilgesellschaft/>

AKTUELL

Neonazis verbreiten Mordaufrufe gegen Abgeordnete

„Es ist unfassbar, dass Neonazis ungehemmt Mordaufrufe gegen Katharina König und ihren Vater verbreiten“, sagt Susanne Hennig-Wellsow. Eine Neonazi-Band hat ein Lied auf CD gepresst und vertreibt dies in der Szene sowie im Netz, in dem detailliert und brutal die geplante Ermordung der Abgeordneten und ihres Vaters Lothar König beschrieben und auch ihr Wahlkreisbüro Haskala mehrmals genannt wird. „Das ist widerlich und ein neuer menschenverachtender Abgrund rechter Hetze.“

Das Lied „Katharina König“ der Schweizer Neonazi-Band „Erschießungskommando“, die Verbindungen zu Neonazis in Deutschland hat, wurde u.a. im Internet verbreitet. Es ist eines von elf Hasstiteln einer neuen CD, die auch zum Töten von Jüdinnen

und Juden aufruft. In dem Lied gegen Katharina König heißt es u.a., sie werde grausam sterben und vom Landtag auf einer (Leichen)Bahre landen.

„Der Liedtext strotzt nur so von Menschenverachtung, Hass und barbarischen Gewaltphantasien. Damit wird zum Lynchmord aufgehetzt. Da aus Worten schnell Taten werden, haben wir sofort Kontakt mit der Polizei und Staatsanwaltschaft aufgenommen sowie Anzeige erstattet“, so die Fraktionsvorsitzende am 28. Oktober.

Sie hat den Landtags-Präsidenten Christian Carius über die Bedrohungslage gegen die Abgeordnete und ihr Wahlkreisbüro sowie die Nennung des Thüringer Landtages im Neonazi-Lied informiert. Auch die Thüringer Landesregierung ist über den Mordaufruf und die Nennung des Ministerpräsidenten

in dem Lied informiert. „Solche Hetze entsetzt uns, wir lassen uns aber nicht einschüchtern. Katharina König mit ihrem Engagement als Sprecherin für Antifaschismus und als Mitglied im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss gilt die volle Solidarität der Fraktion. Wir werden alles dafür tun, dass sie ungehindert ihre wichtige Arbeit machen kann.“

Susanne Hennig-Wellsow: „Ich gehe davon aus, dass die Thüringer Polizei rasch ermitteln und die weitere Verbreitung des Mordaufrufs unterbinden wird. Wenn Menschen aus rassistischen, antisemitischen oder neonazistischen Motiven bedroht werden, sind alle gefordert, dagegen den Mund aufzumachen und aktiv zu werden – egal, gegen wen sich die Drohungen richten.“

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Blockadehaltung

Das Agieren der Thüringer CDU hinsichtlich der Gebietsreform ist verlogen und doppelzüngig. In den Regionen arbeiten CDU-Akteure konstruktiv an Lösungen, auf Landesebene wird in das Horn der Fundamentalopposition geblasen. Es ist an der Zeit, dass die CDU als starke kommunalpolitische Kraft und selbsternannte Thüringenpartei ihre Verantwortung wahrnimmt und die fundamentale Meckerecke verlässt.

Den jetzt angekündigten Verfassungsklagen der CDU gegen das Vorschaltgesetz zur Gebietsreform sehe ich gelassen entgegen. Sie machen aber deutlich, dass die Union in völliger Blockadehaltung verharrt. Dies ist die Folge der eigenen Profillosigkeit und Ausdruck dafür, dass die Union keinerlei Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft des Freistaates hat. Mit Jörn Ipsen hat sich die CDU zudem einen Klagebeauftragten ausgewählt, welcher in der Wissenschaft überaus umstrittene Auffassungen vertritt. Das Vorschaltgesetz ist das Ergebnis eines umfassenden Anhörungs- und Abwägungsverfahrens unter Beteiligung der kommunalen Familie und einer Vielzahl von Sachverständigen. Die CDU wäre besser beraten gewesen, wenn sie das Geld, das sie für die Klagen ausgibt, in das Entwickeln eines eigenen Zukunftskonzeptes für Thüringen investiert hätte, um damit dann in einen Ideenwettbewerb mit Rot-Rot-Grün zu treten. Diese Chance hat sie leider vertan.

Absurd ist auch der Vorwurf, der Ministerpräsident begehe Wortbruch, da er früher vor einer Gebietsreform eine Funktional- und Verwaltungsreform gefordert habe. Dass das jetzt die Leute sagen, die genau diese Schrittfolge verhindert haben, ist ein Stück aus dem Tollhaus. Wir sind schlicht gezwungen, die Reformschritte im Gleichklang zu vollziehen. Die CDU hat in den letzten Jahren die Ergebnisse der Arbeit einer parlamentarischen Enquetekommission, den Bericht einer Expertenkommission wie auch einer eigens eingesetzten Regierungskommission komplett ignoriert. Es wurden kommunale Hilfspakete ohne nachhaltige Wirkung aufgelegt. Der Reformstau muss nun von Rot-Rot-Grün bis 2019 aufgelöst werden.

Frank Kuschel ist kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag